

Bund soll mehr für Kita-Plätze tun

Politische Allianz fordert mit neuem Gutachten mehr Hilfe für bezahlbare Kinderbetreuung

Daniel Friedli

Die Chance auf einen guten Kita-Platz ist in der Schweiz eine Frage der Geografie. Ob ein Betreuungsplatz vorhanden und vor allem auch bezahlbar ist, das hängt stark von Kanton und Wohnort ab. Den Grund dafür wiederholen der Bundesrat und viele Parlamentarier bei jeder Debatte zum Thema: Für die externe Kinderbetreuung und generell die frühe Förderung der Kinder sind primär die Kantone und Gemeinden zuständig, der Bund hilft nur subsidiär. Gegenwärtig tut er dies, indem er über zwei befristete Programme Kitas mit einer Anschubfinanzierung unterstützt und den Kantonen bei der Subvention der Tarife hilft.

Nun gibt ein Gutachten jenen Rückenwind, die diese Aufgabenverteilung als zu wenig wirksam erachten. Der Neuen-

burger Staatsrechtsprofessor Pascal Mahon kommt darin zum Schluss, dass der Bund in diesem Bereich durchaus heute schon eine aktivere Rolle spielen könnte. Dann nämlich, wenn man Kinderbetreuung nicht nur als Familienpolitik versteht, sondern auch als Teil des Arbeitnehmerschutzes und als Anliegen der Gleichstellung. Unter dieser Prämisse fänden sich in der Verfassung weitere Anknüpfungspunkte, «um den sachlichen Anwendungsbereich einer Bundesregelung über die familien- und schulergänzende Kinderbetreuung zu erweitern».

Ein Akt der Gleichstellung

In Auftrag gegeben hat das Gutachten die Jacobs Foundation. Sie setzt sich seit langem für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie ein und hat diese Aktivitäten nun an eine neue

96,8 Mio. Fr.

Mit so viel Geld kann der Bund noch bis zum Jahr 2023 die Preise für Kita-Plätze in den Kantonen verbilligen.

Alliance Enfance übergeben. Und dort kommt die juristische Auslegeordnung naturgemäss gut an. «Dieses Gutachten ist eine gute Neuigkeit», sagt Philipp Kutter, Zürcher Mitte-Nationalrat und Co-Präsident der Allianz. «Es eröffnet für die Förderung der Kinder neue Möglichkeiten.»

Über diese will Kutter bereits nächste Woche debattieren. Dann trifft sich die Bildungskommission des Nationalrates zu einer Grundsatzdiskussion über das Thema. Und Kutter geht mit kla-

ren Zielen in diese Sitzung: «Wir müssen heute bei der Kinderbetreuung vor allem beim Preis und bei der Qualität ansetzen», sagt er. Denn da hinke die Schweiz im Vergleich zum Ausland stark hinterher, zum Nachteil vieler Eltern. Um diesen Rückstand aufzuholen, soll sich laut Kutter auch der Bund stärker beteiligen, etwa indem er seine heutige Anschubfinanzierung in eine permanente finanzielle Unterstützung umwandelt.

Das Gutachten von Pascal Mahon zeigt, dass er dazu durchaus die Kompetenz hätte. Und mehr noch: Es wäre demnach sogar möglich, Bundesgelder direkt zur Verbilligung der Tarife zu verwenden, zum Beispiel über ein System von Kita-Gutscheinen für die Eltern. Genau dies fordert etwa die grünliberale Nationalrätin Kathrin Bertschy. Sie findet, diese Form der Unterstützung

wäre «gezielter, effizienter und transparenter». Und die Stadt Bern habe bewiesen, dass dieses System bestens funktioniere.

Kita als Service public?

Wie die politische Diskussion letztlich ausgeht, ist indes noch offen, auch weil im Moment aus allen Richtungen unterschiedlichste Forderungen im Raum stehen. Die Grünen wollen die familienexterne Kinderbetreuung zum Service public erheben, so dass der Staat überall für ein ausreichendes, gutes und vor allem auch unentgeltliches Betreuungsangebot sorgen müsste. Der Frauendachverband Alliance F verlangt, dass Bund, Kantone und Gemeinden einen Fonds äufnen, aus dem - analog zum Bau von Strassen und Schienen - eine Infrastruktur finanziert werden soll. Und hinter den Kulissen treibt eine überparteiliche Allianz

unter der Ägide des Arbeitgeberverbandes und dem Patronat von FDP-Bundesrätin Karin Keller-Sutter das Thema voran. Sie setzt derzeit auf ein Projekt, in dem die Kantone selber versuchen, Angebote, Qualität und Finanzierung der familienexternen Betreuung kantonal noch besser zu verankern. Dabei haben aber auch die Kantone bereits erklärt, dass sie um zusätzliche Mittel aus der Bundeskasse froh wären.

Diesen Ansatz unterstützt auch die Genfer FDP-Nationalrätin Simone de Montmollin. «Auch ich bin dafür, dass sich der Bund stärker engagiert, solange die Kantone bei der Planung und Definition der Angebote im Lead bleiben», sagt sie. Stimmen für ein breiteres Engagement des Bundes gibt es also viele. Die Frage bleibt, ob diese sich auf ein gemeinsames Vorgehen einigen können.